

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 23, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

### Tagung des Verbandsbeirats.

Eine gemeinsame Tagung des Verbandsvorstandes, der Bezirksleiter und zweier Vertreter des Verbandsausschusses fand am 25. und 26. September in Hamburg statt. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Stand des Verbandes, mit Feuerungszulagen, den theoretischen und praktischen Erfolgen der Sozialisierung, dem Wiederaufbau in Nordfrankreich, der Frage, ob Reichskonferenzen für Holzwerker, Schachmeister und Arbeiter und ebenso für Steinhölzler nötig seien, damit, ob wir dem nächsten Verbandstag eine Veränderung des Statuts vorschlagen sollen, und einer Reihe Verwaltungsmaßnahmen.

Der Kollege Paepfow berichtete über den Stand des Verbandes.

Aus seiner Rede war zu entnehmen, daß die Mitgliederzunahme noch fortwährend anhöht. Wir hatten nach der Zählung vom 15. September 398 587 Mitglieder. Der „Grundstein“ erschien in der letzten Septemberwoche in einer Auflage von 420 600. Das 4. Quartal 1918 schlossen wir mit 150 849 Mitgliedern ab, das 1. Quartal 1919 mit 260 743 und das 2. Quartal 1919 mit 357 903 Mitgliedern. Die Zunahme hat demnach betragen vom 1. Januar bis 31. März 109 892, vom 1. April bis 30. Juni 97 160 und vom 1. Juli bis 15. September 40 684 Mitglieder. Die Zunahme verteilt sich aus natürlichen Gründen auf die einzelnen Bezirke sehr verschieden, wie aus nachfolgender Tabelle hervorgeht. Im Verhältnis zu 1918 hatten nachfolgende Bezirke eine Zunahme an Mitgliedern:

Bezirk	Zunahme in Prozent	Zeiger Mitgliederzahl
Berlin	17,5	86 572
Göln	33,5	31 080 (am 8. 9.)
Frankfurt	10,0	26 815
Breslau	20,4	28 928
München	37,5	23 248
Karlsruhe	35,8	22 470
Dortmund	89,2	22 153
Hannover	41,5	20 875
Magdeburg	1,3	20 235
Wittenberg	20,2	18 631
Stuttgart	95,0	18 255
Erfurt	0,3	13 599
Königsberg	11,1	12 190

7 Bezirke haben eine Abnahme. Diese beträgt im

Bezirk	Abnahme in Prozent	Zeiger Mitgliederzahl
Hofstadt	20,8	5 415
Bresden	16,5	21 728
Hamburg	12,2	20 868
Bromberg	11,8	5 947
Leipzig	10,1	34 789
Bremen	2,7	12 448
Stettin	2,7	8 778

Im Gesamtverbande beträgt die Zunahme von 1918 bis 1. Juli 1919 9,6 pZt. Unter den Gewerkschaften, die dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, nahm der Deutsche Bauarbeiterverband früher die zweite Stelle ein. Heute sind wir an die fünfte Stelle gerückt, die Mitgliederzunahme bei andern Verbänden noch größer ist als bei uns. Es geht in der Hinsicht so wie mit unsern Bezirken, die früher stärksten sind zurückgeblieben, die schwachen haben sie zum Teil überholt. Unsere Kassenvorhältnisse sind leider nicht so günstig wie der Mitgliederstand. Am 15. September 1918 hatten wir ein Verbandsvermögen von M. 15 901 222,70, am Jahresabschluss 1918 M. 16 159 928,33 und am 15. September 1919 M. 14 314 886,33. In diesem Jahre hat also unser Vermögen um M. 1 845 037 abgenommen. Auf dem letzten Verbandstage haben wir angenommen, daß die Einnahmen und Ausgaben sich einigermaßen die Waage halten würden; darin haben wir uns anscheinend geteilt. Vielleicht tritt noch eine Verringerung der Ausgaben ein, so daß das Gleichgewicht hergestellt wird. Aber der jetzige Zustand gibt uns Veranlassung, an Wünsche zu denken. Die Agitation für den Verband wird im allgemeinen lebhaft und mit Erfolg betrieben. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß in einigen großen Vereinen Zerklüftungen bemerkbar sind, die uns besorgt machen und das fernere dauernde Bestehen dieser

Verene. Der Vorstand hat eingreifen müssen, um eine nicht wieder gutzumachende Schädigung zu verhindern.

Der Kollege Töpfer berichtete dann über den Stand der Verhandlungen über die Feuerungszulagen. Als die protokollarische Erklärung fernerseitig aufgenommen wurde, daß nach dem 15. Juli Verhandlungen über Lohnänderungen stattfinden könnten, dachten wohl wenige Leute, daß eine Erhöhung der Löhne in Betracht kommen könne. Die Zeit hat uns das Gegenteil bewiesen. Der Verlauf der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium ist bekannt. Die deutschen Verhandlungen haben zum Teil mehr gebracht, als von uns erwartet werden konnte, nachdem Herr Regierungsrat Kaufmann nur eine fünf bis zehnprozentige Preissteigerung anerkannt hatte. Durchschnittlich beträgt die Lohnsteigerung durch die Feuerungszulage 20 pZt. des vorigen geachteten Lohnes. Zwischen den einzelnen Bezirken ist natürlich ein bedeutender Unterschied. Für den Bezirk Hamburg beträgt die Steigerung durchschnittlich 25 pZt., dagegen für den Bezirk Magdeburg nur 8 bis 10 pZt., und für eine Reihe von Orten im Bezirk Hannover gar nur 5 pZt. Die andern Bezirke stehen mit ihrer Lohnsteigerung zwischen den hier genannten Höchstzahlen, soweit überhaupt eine Einigung erzielt ist. Dem Haupttarifamt müssen noch eine bedeutende Anzahl Entscheidungen übertragen werden, da die Unternehmer in vielen Orten allzu unverständig sind. Am Haupttarifamt liegt es nun, ob es sich bei diesen Entscheidungen vollständig um jeden Kredit bei unsern Kollegen bringt oder nicht. Wir müssen uns auch die Frage vorlegen, ob es zweckmäßig ist unter den obwaltenden Verhältnissen noch Tarifverträge zu schließen. Vielleicht können wir auch eine Zeitlang ohne Tarifvertrag leben. Der zurzeit bestehende Zustand ist auf keinen Fall dazu angetan, unsere Freude am Bestehen eines Tarifvertrages zu weigern. Wir müssen lieber feststellen, daß man sich an der zentralen Regierungsstelle stets scheut, das auszusprechen, was ist. Jedenfalls dürfen wir uns dadurch in keiner Weise beeinflussen lassen.

In der Aussprache über diese beiden Punkte der Tagesordnung wurde vielfach der Wunsch geäußert, bei zukünftigen zentralen Verhandlungen die Bezirksleiter möglichst nach dem Verhandlungsort zusammenzurufen, um Bericht entgegenzunehmen und sich über einheitliche Handlungsweise zu verständigen. Ueber den Wert oder Unwert des Tarifvertrages nach den in diesem Jahre gemachten Erfahrungen waren die Meinungen geteilt. Einstimmigkeit herrschte jedoch darüber, daß die Tarifverträge, wenn sie die Arbeiter zufriedenstellen sollen, noch ganz bedeutend verbessert werden müssen. In den Organisationsangelegenheiten wurde von einigen Orten mitgeteilt, daß namentlich unter den erst in letzter Zeit in das Baugewerbe eingetretenen Arbeitern die Agitation für die sogenannte Betriebsorganisation einige Erfolge hatte. In einem Ort sind rund 200 Mann von uns der Arbeiter-Union beigetreten, sind aber nach wenigen Wochen den Kram dort fort geworden und wollen nun ihre Mitgliedschaft bei uns fortsetzen. Mit wenigen Ausnahmen erwarten die Bezirksleiter, daß das Wachstum unseres Verbandes auch im nächsten Jahre anhalten wird. Allgemein wird eine Zunahme der Bautätigkeit erwartet. Von einigen Bezirken wurde gefordert, daß wohl Kaufleute genug in ihrem Bereich erzeugt werden, daß diese aber zum großen Teil im Schleichhandel über die Grenze Deutschlands gehen. Offenbar sind die deutschen Behörden mit ihrer Aufsicht nicht auf der Höhe. In den Kreisläufen im „Grundstein“, die sich gegen die Quertreibereien im Verband richteten, meinten einige Bezirksleiter, man solle die Sache nicht so tragisch nehmen. Die Quertreiber seien unklare, nicht ernst zu nehmende Köpfe, die in kurzer Zeit abwirtschaften würden. Das ist allerdings ein bemerkenswertes Zeugnis. Von anderer Seite wurde erwidert, daß man den Verband nicht dadurch herabwürdigend dürfe, daß man Beschlüsse von Vereinsversammlungen nicht ernst nehme. Auch darüber, ob in diesem Herbst noch besondere Agitation durch Versammlungen und Flugblätter betrieben werden soll, waren die Ansichten verschieden. Die Mehrheit war der Meinung, daß nicht gut mehr geschehen könne, als bisher

geschehen sei. Im allgemeinen sind die Kollegen überall von der Entwicklung des Verbandes sehr befriedigt und erhoffen bei Belebung der Bautätigkeit noch mehr.

Der Kollege Paepfow sprach hierauf über die Notwendigkeit von

### Feuerungszulagen für die Verbandsangestellten.

Auf dem Verbandstag in Weimar glaubte man, daß die Preise für die notwendigen Bedarfsartikel nicht mehr steigen würden. Viele rechneten sogar mit einer Senkung. Unsere Lohnpolitik auch gegenüber unsern Angestellten wurde dadurch beeinflusst. Wir haben aber noch in den letzten Monaten Preissteigerungen gehabt und müssen wahrscheinlich mit weiteren rechnen. Soweit unsere am Bau beschäftigten Kollegen in Betracht kommen, haben wir bei den Verhandlungen für sie das herausgeholt, was möglich war. Nun leiden aber unsere Angestellten gleichfalls riesig unter der Teuerung. Das hat dazu geführt, daß mehrere Vereine ihren Angestellten ebenfalls Feuerungszulagen zahlten. Dadurch wurden natürlich die Beschlüsse des Verbandstages verletzt. In mehreren Fällen bekamen vor kurzem eingestellte Hilfsarbeiter, die in den Bureaus zum tariflichen Maurerlohn beschäftigt wurden, einen erheblich höheren Lohn als die seit Jahren angestellten Geschäftsführer. Der Verbandsvorstand hat nun eingreifen müssen und in einigen Fällen die Zahlung einer Feuerungszulage an die Angestellten vorläufig unter sagt. Die Angestellten mußte aber geregelt werden. Es wurde dabei der Konferenz die Frage zur Entscheidung übertragen, da wir nicht einen besonderen Verbandstag deshalb anberufen können. — In der Aufsprache wurde mitgeteilt, daß an mehreren Stellen Beamte unseres Verbandes ihre Ämter niederlegten, weil sie sich dann wirtschaftlich besser stellen. Einige Kollegen legten Listen vor, aus denen hervorzog, daß fast alle andern Gewerkschaften ihre Angestellten besser bezahlten als wir. Tatsache ist jedenfalls, daß auch unsere Angestellten dauernd weiterer Verarmung entgegengehen. Bedenken bestanden bei einigen Kollegen besonders deswegen, weil unsere jetzt geltende Gehaltsordnung die Verdienstenkeit der Orte und Bezirke nicht genügend berücksichtigt. Alle Anwesenden waren sich darüber einig, daß etwas geschehen müsse, wenn der Verband nicht schweren Schaden leiden solle. Dazu ist aber jetzt die einzige Möglichkeit durch einen Konferenzbeschluss gegeben. Beschlossen wurde, den Angestellten vom 1. September an 25 pZt. Feuerungszulage zum Gehalt zu zahlen. Dieser Beschluss gilt für alle Angestellten unseres Verbandes. Auch da, wo die Orts- oder Bezirksvereine bereits mehr zahlen, haben sie den Satz entsprechend zu ermäßigen. Vereine, die den Beschluss nicht befolgen, verlieren den zum Gehalt zu zahlenden Zuschuß aus der Hauptkasse.

### Ueber die theoretischen und praktischen Erfolge der Sozialisierung

Hierauf sprach Kollege Ellinger Vortrag. Im letzten Frühjahr gab der Verbandsvorstand Richtlinien heraus, nach denen die Bezirksleiter zweimal jährlich berichten sollten über den Stand der Organisation und über die Bautätigkeit. Leider haben wir bisher, mit Ausnahme des Bezirkes Göln, noch keine Berichte erhalten. Wir sind also ganz allein auf unsere Arbeitslosenstatistik angewiesen. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen gering ist. Wo sind unsere Kollegen beschäftigt? Die Bautätigkeit ist doch verhältnismäßig gering. Die private Bautätigkeit ist zurzeit fast unmöglich wegen des Baustoffmangels. Der Erfolg ist zunächst, daß man überall die sogenannte paratale Bauweise propagiert. Da fragt es sich: Wer soll die Bauten ausführen? Die in Weimar angenommene Aufschlüsselung hat der Verbandsvorstand allen Staaten und Gemeinden zugestanden. Sichtbaren Erfolg können wir bisher nicht verzeichnen. Bei den Behörden steigt man meistens auf dem Standpunkt, daß die Arbeit in der von uns gewünschten Form zu teuer wird. Man probiert darum gar nicht erst. Und schlechte Beispiele, die die Arbeiter bei Vollstaudarbeiten geben, müssen als Beweis für die Unbrauchbarkeit dienen. In einigen Städten haben die Kollegen Produktivgenossenschaften gegründet. Es sind kleine Anfänge. Einen weitläufigeren Plan

hat aber Stadtbaurat Dr. Wagner. Der „Grundstein“ brachte eine Reihe von Artikeln darüber. Der Deutsche Bauarbeiterverband muß zu diesen Erklärungen Stellung nehmen. Wir müssen uns darüber klar werden, ob und wie wir sie unterstützen können. Sollen wir sie im Bedarfsfalle durch leihweise Vergabe von Geld unterstützen, wie es einige Vereine forderten? Oder sollen wir uns mit der moralischen Unterstützung begnügen? — In langer und eingehender **A u s s p r a c h e** wurde mitgeteilt, wie bereits Unternehmer und andere Kapitalistengruppen gegen diese Produktivgenossenschaften Sturm laufen. Damit war zu rechnen. Es ist das beste Mittel, ihr Ansehen bei der Arbeiterschaft zu fördern. Es ist sehr leicht möglich, daß dieser Widerstand der Unternehmerkreise auch die bis jetzt lauen Arbeiter aufmuntert. Das Ergebnis der Aussprache ist: Der Verband kann nach seinem jetzt geltenden Statut aus Mitteln der Hauptkasse kein Geld zur Unterstützung der Genossenschaften hergeben, wohl aber können dies die einzelnen Vereine aus Mitteln ihrer Lokalkasse. Jedemfalls wird sich aber der nächste Verbandstag eingehend mit der Frage befassen müssen. Selbstverständlich unterstützen wir alle Sozialisierungsbewegungen moralisch so viel wir können. Der Verbandsvorstand wird versuchen, eine besondere Abteilung zur Förderung dieser Angelegenheit einzurichten.

Der Kollege **V a p l o w** berichtete kurz über den

**Wiederbau in Nordfrankreich.**

Unser Vertreter in dieser Angelegenheit, Kollege **Silber** schmidt, der zur Zeit der Konferenz in Frankreich weilte, hatte einige schriftliche Berichte gesandt, mit denen sich die Konferenz begnügen mußte. Mitteilungen einiger Bezirksleiter ließen erkennen, daß die Fama und der Schwindel in dieser Sache ganz gewaltig tätig sind. Nach den uns vorliegenden Mitteilungen wird allerdings zwischen den beiderseitigen Vertretern fortgesetzt verhandelt, aber zu bestimmten und festen Abmachungen ist man anscheinend noch nicht gekommen.

In letzter Zeit ist die Zahl der Erdarbeiter, Schachtmeister und Borarbeiter, die Mitglied unseres Verbandes sind, ganz bedeutend gestiegen. Von mehreren Seiten trat man an den Verbandsvorstand mit der Anregung heran, eine

**Reichskonferenz der Polier, Schachtmeister und Borarbeiter.**

die bei uns organisiert sind, einuberufen. Ferner wünschte man die Zulassung besonderer Sektionen in den Vereinen. Der Vorstand widerstrebt dem, aus Gründen, die in dem Kartellvertrag mit dem Polierbund und dessen Zugehörigkeit zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zu suchen sind. Einige Bezirksleiter machten Mitteilungen über die Organisationszugehörigkeit der Poliere, aus denen hervorgeht, daß wir unter diesen in mehreren Landesstellen weit mehr Mitglieder haben als der Polierbund. So unter andern in Schlesien, in einigen Bezirken des Westens und in Pommern. In unserm Bezirk Stettin hat der Polierbund 194 Mitglieder, während 259 Poliere bei uns Mitglied sind. Beschlossen wurde, am 2. November in Hannover eine Reichskonferenz stattfinden zu lassen, zu der der Polierbund eingeladen werden soll.

Eine eingehende Aussprache entspann sich darüber, ob dem nächsten Verbandstag eine

**Änderung unseres Statuts**

vorgebracht werden soll. Laut Beschluß des vorletzten Verbandstages soll der Vorstand eine Vorlage machen zur Übernomme aller Verwaltungskosten oder der Gehälter auf die Hauptkasse. Eine andere Vorlage soll die Einführung einer Invalidenunterstützung vorsehen. Von vielen Seiten wird Erhöhung der Unterstützungen angestrebt. Das alles bedingt selbstverständlich auch eine Erhöhung der Beiträge, so daß wir deshalb um eine weitgehende Änderung des Statuts nicht herumkommen. Nach längerer Aussprache beschloß die Konferenz, nicht die gesamten Verwaltungskosten auf die Hauptkasse zu übernehmen. Für den Antrag, die Gehälter der Angestellten auf die Hauptkasse zu übernehmen, bestand Stimmengleichheit. Dagegen soll eine Vorlage für die Einführung der **I n v a l i d e n u n t e r s t ü t z u n g** und für die Erhöhung der Beiträge, der Arbeitslosen und der Krankenunterstützung geschaffen werden.

Bei der Besprechung von Verwaltungsa n g e l e g e n h e i t e n wurden von den Bezirksleitern Beschwerden erhoben über die Form der statistischen Berichtsbogen für Streiks und Lohnbewegungen, die für Zwecke des Reichsstatistischen Amtes ausgefüllt werden müssen. Das ist eine Nebenstatistik. Kollege **O d e n t a l** beklagte namens des Verbandsvorstandes, daß viele Berichte schlecht ausgefüllt oder gar nicht eingekampt würden. Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß sich am Mittelstandsal eine sogenannte **p o l n i s c h e O r g a n i s a t i o n** bemerkbar gemacht habe. Ob wir diese anerkennen? Die Frage wurde verneint. Nachdem Deutschland von allen fremdsprachigen Stämmen gereinigt sei, hätten wir keine Ursache, diese Organisationen hier noch zu dulden. Wer in Deutschland arbeiten wolle, müsse sich der deutschen Organisation anschließen.

**Zerlegungszulage für die Verbandsangestellten.**

Die seit dem Frühjahr dieses Jahres bis jetzt noch erheblich gestiegenen Preise für den Lebensunterhalt haben den Verbandsvorstand und den Verbandsbeirat veranlaßt, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob die von dem letzten Verbandstage festgesetzten Gehälter für die Verbandsangestellten noch ausreichend zur Bezahlung des Unterhalts seien.

Vorstand und Beirat sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß das nicht mehr zutrifft, sondern daß eine Zerlegungszulage von 25 pSt. des jetzigen Gehalts anzuweisen und notwendig ist. Die Verliche werden erkräftigt, die Angestellten diesen Zerlegungszulage vom 1. September an auf 30 pSt. des Gehalts auszusprechen. Vereine, die schon beschlossen haben, ihren Angestellten dieselbe Zerlegungszulage zu gewähren, die den im Beruf tätigen Mitgliedern laut Tarifvertrag zusteht, haben nunmehr die Zulage auf 25 pSt. des Gehalts anzuwenden. Mehr als 25 pSt. Zulage dürfen auch jene Vereine ihren Angestellten nicht zahlen, wo unter im Beruf tätigen Kollegen eine höhere Zulage bekommen.

Der Zuschuß der Hauptkasse an die Vereine, **M. 400** für den Angestellten, wird nicht bezahlt, wenn die Vereine mehr als 25 pSt. Zulage zahlen.

**Der Verbandsvorstand.**

**Die Wirren in den freien Gewerkschaften.**

Die „Baugewerkschaft“ bringt in ihrer Nummer 98 einen Beiratsbericht, in dem trotz der Anerkennung der Tatsache, daß wir über 6 Millionen Mitglieder haben, der Nachweis versucht wird, daß die freien Gewerkschaften noch nie so schwach gewesen seien wie jetzt. Dem Grund zu dieser Schwäche sieht die „Baugewerkschaft“ in der Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Sie sucht nachzuweisen, daß die Parteienwirren in den Gewerkschaften mehr und mehr an Boden gewinnen, daß die Unabhängigen mit großem Erfolg die Eroberung der Gewerkschaften in Angriff genommen hätten, ja, daß sie ihr Ziel beinahe erreicht hätten. Nicht nur in den Großstädten hätten sie die Zentren an sich gerissen, schon nach den Zentralleitungen streckten sie ihre Hand aus. Der Ausschluß des Genossen **W e i s** aus dem Lagerverband, auf dessen Generalversammlung, mit 22 gegen 19 Stimmen, Beweise, daß dort der Kampf schon zugunsten der Unabhängigen entschieden sei. Der bevorstehende Verbandstag der Metallarbeiter werde die gleiche Kräfteprobe liefern. Man könne wohl darauf rechnen, daß die mehrheitlichsozialistischen Führer das Spiel auf wirtschaftlichen Gebieten bereits verloren hätten.

Der Beschluß des Gewerkschafts Kongresses, parteipolitische Neutralität gegenüber den verschiedenen sozialistischen Parteien zu üben, habe seinen Zweck verfehlt. Die Spaltung im freien Gewerkschaftslager würde sich kaum mehr aufhalten lassen; dies scheint auch den freien Gewerkschaftsführern, soweit sie Mehrheitssozialisten seien, zum Bewußtsein gekommen zu sein. Der „Grundstein“ bringe eine Erklärung des Verbandsvorstandes gegen die Sonderbestrebungen im Verbande und drohe den Sonderbündlern mit Ausschluss. Die „Baugewerkschaft“ glaubt, daß die Mehrheitssozialisten den Zeitpunkt, wo sie ihre Macht noch aufrechterhalten können, bereits verpasst haben. Bei allen diesen Erörterungen wird man das Gefühl nicht los, daß bei der Baugewerkschaft und ihrem Anhang der Wunsch, die „revisionistischen, mehrheitlichsozialistischen Gewerkschaftsführer“ möchten recht bald an die Wand gedrückt und durch unabhängige oder kommunistische Führer ersetzt werden, der Vater des Gedankens ist. Es wäre für die christlichen Führer auch gar zu nett, an Stelle der erfahrenen alten Führer der freien Gewerkschaften neue, mit dem Gewerkschaftsleben und -streben wenig vertraute, in dem Phrasenbruschi sich bewäusende Leute an der Spitze zu sehen. Der christliche Weigen würde dann wahrscheinlich nicht in Gefahr geraten, flüchtig und müßig zu werden, wie es jetzt der Fall ist. Er könnte dann vielleicht wieder von neuem grünen und blühen. Es war seit Ausbruch der Revolution eine verdammt schlechte Zeit für die schwarzen Dealgeber. Ihre Kriegspolizei war nicht danach angehen, bei den zurückkehrenden Festgenannten Anhänger zu werben. Während der ganzen Kriegsdauer haben christliche Gewerkschaftsführer, vor allem auch der Baugewerkschaftsredakteur, mehr oder weniger offen Amelionsabsichten fundgebene. Der Verbandsvorstand wieder vom christlichen Metallarbeiterverband erklärte noch im September 1918 auf der Verbandsgeneralversammlung, daß Deutschland ohne Kongrie und Weie nicht leben könne. In vielen christlichen Verbänden herrscht eine recht gedrückte Stimmung ob der geringen Werbefähigkeit ihrer Organisationen.

In dieser Lage läme den Christlichen die Spaltung der freien Gewerkschaften nach Art der sozialistischen Parteien sehr gelegen. Wenn sie sich nur nicht verrechnen. Zunächst ist es unwohr, daß die freien Gewerkschaften noch nie so schwach gewesen seien wie heute, trotz ihrer 6 Millionen Mitglieder. Was wenn die „Baugewerkschaft“ nicht genau wüßte, daß die freien Gewerkschaften noch nie mehr Einfluß und Kraft besaßen, als jetzt. Wer das Wissen und die Aufgaben der Gewerkschaften versteht, der kann eine Behauptung wie die der „Baugewerkschaft“ nur aufstellen, wenn er dann Geschäfte treiben will, wenn der Zweck das Mittel heiligen muß. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Angestellten usw. wissen den wahren Einfluß der freien Gewerkschaften wohl zu würdigen; zu schwachen Organisationen würde man nicht in derartigen Massen zufließen. In derartigen Organisationen

roteten, sich nicht die Köpfe der freien Gewerkschaftsführer zu zerbrechen, die haben schon andere Stürme überstanden, als die jetzigen. Wer vor 25 und mehr Jahren, mit Hunger und Not kämpfend, gewerkschaftliche Pionierarbeit verrichtete, der wird auch mit den jetzt wieder auftretenden Jespitterungsbestrebungen fertig werden.

Am Schluß des Baugewerkschaftsartikels wird die Frage aufgeworfen, wie sich die christlichen Arbeiter zu den Vorgängen in unserm Lager zu verhalten hätten. Man solle strengste Neutralität üben. **Errordimus** lehne man ab; man könne es bitter bereuen, wenn man sich daran beteiligen würde. Die radikalen Elemente könnten ihren Einfluß vernehmen und dann könne dies für die Christlichen unangenehm werden. Es sei der Wunsch der hohen Tat, daß sie fortgesetzt dieses Gebieten müsse. Mit solchen Selbstbereden kommen die Christlichen nicht darüber hinweg, daß ein etwaiger Erfolg der Jespitterungsbewegungen in unserm Lager auch ihnen sehr gefährlich werden würde. Die Christlichen in den von den Jespitterungsbewegungen berührten Gebieten haben das sehr erkannt. Die christlichen Bergarbeiter haben erst im August dieses Jahres auf ihrer Generalversammlung in Essen in einem Beschluß gezeigt, sie lehnen ausdrücklich jede Gemeinschaft mit den wilden, radikalen und den gelben Gewerkschaften in aller Form ab, während sie mit den freien Verbänden Arbeitsgemeinschaften und Kampfgenossenschaften bilden wollen. Wir sind überzeugt, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft stark genug ist, alle Zerrennungsversuche mit Erfolg zurückzuweisen und den Gewerkschaften im neuen Deutschland den Platz zu verschaffen, den sie haben müssen, um ihre hohen Aufgaben im Interesse der arbeitenden, leidenden Menschheit zu erfüllen. Die christlichen Professionspekulanten werden nicht auf ihre Rechnung kommen. **E. M.**

**Die „Freiheit“ kämpft gegen die Wahrheit.**

Unter dieser Ueberschrift kritisierten wir in der vorletzten Nummer des „Grundstein“ die „Wahrheitsliebe“ der „Freiheit“, indem wir diese Wahrheitsliebe an einem bestimmten Beispiel nachwiesen. Die „Freiheit“ hatte wider besseres Wissen die Behauptung aufgestellt, unser Verbandsvorstand habe „den Ortsvereinen, die die bisherigen Vertrauensmänner entfernt haben, mit der Auflösung und mit der Bildung von neuen Vereinen“ droht. Wir stellten fest, daß der Verbandsvorstand lediglich denjenigen mit dem Ausschluß gedroht hat, die das Verbandstatut nicht als rechtsverbindlich für sich anerkennen und die anbauend gegen die Verbandsstatutbeschlüsse verstoßen, was selbstverständlich für jede Organisation selbstverständlich ist.

Die „Freiheit“ hat nun nicht den Mut, einzugehen, daß sie gelogen hat oder daß von einem arg verlogenen Mitarbeiter beschwindelt worden ist; sie hat aber auch nicht den Mut, ihre frühere Behauptung zu widerrufen. So redet sie nun ein langes und breites in hilfloser Weise um die Dinge herum, um bei ihren Lesern den Eindruck zu erwecken, als ob sie doch so etwas Ähnliches wie die Wahrheit geschrieen habe. Wir schätzen die Denkfähigkeit ihrer Leser und ganz besonders unserer Berliner Kollegen nicht so niedrig ein, daß wir annehmen, die „Freiheit“ könnte mit dieser Methode doch noch die Wahrheit verdamnen. Wer den Namen, wird sich selbst sagen, daß es statutenwidrig wäre, wenn der Verbandsvorstand einen Verein nur deswegen ausschließen wollte, weil er seine früheren Vertrauensleute nicht wiedergewählt hat. Das wäre eine Gewalttat, und Gewalttaten überläßt unser Verbandsvorstand jenen Leuten, die der „Freiheit“ näherliegen als wir. Der Verbandsvorstand will ja gerade unsere Mitglieder vor den Gewalttaten politischer Fanaliter und den Verband selbst vor finanziellen und andern Schädigungen schützen. Er will nicht dulden, daß Leute, die auf seine Forderung hinarbeiten, ihre Unterstützung im Verbande herabzubringen. Wenn er Vereine ausschließen wollte, die ihre früheren Vertrauensleute nicht wiedergewählt haben, so brauchte er das nicht anzukündigen, sondern könnte es gleich tun.

Die „Freiheit“ läßt also erneut, wenn sie behauptet, wir leugneten das, was unser Verbandsvorstand geschrieben hat, jetzt ab. Wer den Namen kann, wird sich ohne weiteres selbst sagen, daß es sinnlos wäre, Mitgliedern und Vereinen zuerst etwas anzukündigen und eine Woche später zu betreten, daß man es angeblich hat. Welchen Zweck sollte eine solche Drohung wohl haben? Unmöglich, aber stellt sich die „Freiheit“ auch an, wenn sie so tut, als müßte sie nicht, daß der Uebertrag zur Lageordnung ohne Diskussion die schärfste Form der Ablehnung eines Antrages ist. Es ist wirklich hart, was die „Freiheit“ ihren Lesern zu bieten will. Im übrigen wollen wir noch feststellen, daß ein großer Teil der „unabhängigen“ Presse die Lügen der „Freiheit“ nachgedruckt hat.

**Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.**

**Feststellungsergebnis vom 15. September.**

In 772 Vereinen gab es unter 898 764 Mitgliedern 4936 Arbeitslose, am vorigen Zählunge 5581. Das Verhältnis zum Zustand der Mitglieder verringerte sich von 1,34 auf 1,25. An dieser Abnahme sind die Bezirke mit größerer Arbeitslosigkeit alle beteiligt. So verringerte sich das Verhältnis im Berliner Bezirk von 3,3 auf 3,0, im Hamburger von 3,3 auf 2,9, im Braunschweiger von 3,0 auf 2,9, im Weimarer von 2,6 auf 2,1, im Münchener von 1,8 auf 1,7. Andere Bezirke mit geringerer Arbeitslosigkeit verzeichnen keine, nicht ins Gewicht fallende Zunahmen. So der Bezirk





Organisation ist die Bekämpfung der Gewerkschaften, also die Herabsetzung der Arbeiterlöhne und die Schwächung der Arbeitermacht. Diese "Revolutionäre" markieren den billigen "Lohn", indem sie für einen Wochenbeitrag von 50 A Mittelverwalter zu fangen suchen. Unter den Berliner Ziefbauarbeitern scheint die Wäglerei gegen die Gewerkschaften ganz besonders groß zu sein. Der Vorstand unseres Vereins Berlin warnt deshalb die Ziefbauarbeiter in einem Flugblatt eindringlich vor den Leuten, die die Herabsetzung der Jahressumme in aufgebauten Arbeiterorganisationen planmäßig betreiben. Hoffentlich wird keine Maßnahme von den Ziefbauarbeitern nicht übersehen. Die Ziefbauarbeiter selbst würden sonst später die Herabsetzung der Organisation am meisten beklagen.

Verbindlichkeitsklärung für Tarifverträge.

Der Reichsverband des Deutschen Ziefbauerverbundes hat beim Reichsarbeitsministerium beantragt, den zwischen ihm, unserem Verein für Berlin, E. und einigen andern Verbänden am 2. Juli 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag für den Amtsgerichtsbezirk freiburg für allgemein verbindlich zu erklären. Ferner sollen für verbindlich erklärt werden: Der zwischen dem gleichen Verband und unserm Bezirksverein Jüttow am 2. Juli abgeschlossene Tarifvertrag für das Gebiet der Orte Jüttow, Gehrdorf, Großpörsch, Partau, Alts und Neu-Damitz, Kleinshönow, Obersdorf mit Siedgraben, Ophlin mit Gapp, Bethau, Rabendorf, Bertsdorf, Blumberg, Burkersdorf, Witzelsdorf, Dornhennersdorf, Drausendorf, Friedersdorf, Friederich, Giesmannsdorf, Grunau, Großschönau, Dampwalde, Gerrenwalde, Pernigsdorf, Pirschfeld, Klosterfeld, Königshain, Alts und Neu-Dandorf, Pörschdorf, Reuterdorf, Seuba, Siedgraben, Ländendorf, St. Marienhal, Markersdorf, Magdard, Neugersdorf, Nüda, Niederberowitz, Ostritz mit Altsdorf, Reiderdorf, Reichenau, Neutitz, Rohndau, Rosenthal, Rüdard, Scharre, Schlegel, Schönfeld, Gallendorf, Oberseifersdorf, Seiffenersdorf, Seilendorf, Sommerau, Spitzammerdorf, Straußau, Zierchow, Ober-Wiersdorf, Wald-Cappesdorf, Wollersdorf, Manicha, Weigsdorf, Wittgenhofen und Jütte und der Ziefbauvertrag unseres Bezirksvereins Dresden vom 18. Juni 1919 für das Gebiet der Orte Nischowwerda, Weimsdorf, Wurkau, Carisdorf, Camerwitz, Demitz, Däumitz, Frenthalen, Großhartau, Gersmannsdorf mit Nüda, Goldbach, Groß- und Kleinrehritz, Großhörschen, Reutwitz, Neuschmölz, Nieder- und Oberpörsch, Pannowitz, Pösch, Pöschlaußwitz, Pannomau mit Schupendorf und Alderbrunn, Schmölz, Schönbrunn, Spinitz, Staake, Tröbigan, Zaichendorf, Ubbitz, Weidersdorf, Wöllau, Spinitz, Naußwitz, Gddau, Sauritz, Glandwitz, Ostra, Schmeinerden, Sieditz, Sieditz, Neuß, Löhndorf, Lieben, Rischschowitz, Goblitz, Dobranitz, Aufschowitz, Reuditz, Rindlich, Raskowitz, Neußadel, Hoch und Jochwitz. Einwendungen gegen diese Anträge können bis zum 10. Oktober 1919 erhoben werden und sind an das Reichsarbeitsministerium, Berlin, Eichenstraße 88, zu richten, und zwar für Freiburg unter Z. R. R. 2884, für Jüttow unter Z. R. R. 2882 und für Dresden unter Z. R. R. 2887.

Der neue Posttarif.

Am 1. Oktober tritt ein neuer Posttarif in Kraft. Wir bitten, dessen Bestimmungen zu beachten, um Strafportogebühren zu vermeiden. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des neuen Tarifs lauten:

Table with 2 columns: Description of postal services and their corresponding rates in Reichsmark (A).

Für Einschreibepakete tritt eine Einschreibgebühr von 30 A, für Pakete mit Verlangabe die Einschreibgebühr von 30 A und eine Versicherunggebühr von 40 A von je 1000 Wertangebe hinzu. Jedem Paket ist eine Pakettaxe beizugeben. Für die Gelbstellung bei Vorauszahlung 1. nach dem Ortsbestellbezirk: a) für eine Briefsendung 50 A, b) für ein Paket 75 A; 2. nach dem Landbestellbezirk: a) für eine Briefsendung A, b) für ein Paket A 1,50. Alle Postsendungen, mit Ausnahme der gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefe und Postkarten, sind gegen Freimachungsschein. Das bisherige Bestellformat für alle Sendungen, mit Ausnahme der Eisenbindungen und der Zeitungen, in Wegfall.

Die Gebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt im Stadtverkehr für das Wort 8 A, mindestens 80 A, im sonstigen inländischen Verkehr für das Wort 10 A, mindestens A 1.

Volkschulchulturne in Berlin.

- Am 9. Oktober beginnen in Berlin folgende auf 5 beziehungsweise 10 Wochenabende berechnete Vorlesungen unserer Mitarbeiter Dr. Star Sittlich, auf die wir unsere Berliner Kollegen besonders aufmerksam machen möchten. 1. Praktische Volkswirtschaft (Lebungen und Besprechungen über Erscheinungen auf dem Gebiete des Geldwesens) Donnerstag, den 9. Oktober, von 8 bis 9 1/2 Uhr. 2. Sozialismus und Kommunismus. Einführung in die Lehren des rationalen und emotionalen Sozialismus. Freitag, den 10. Oktober, von 8 bis 9 1/2 Uhr. 3. Die Verfassung der Republik (Arbeitsgemeinschaft zur Untersuchung der Quellen der neuen Verfassung). Unentgeltlich bei vorheriger Anmeldung Sacherstraße 1207, Sonnabend, den 11. Oktober, 8 bis 11 Uhr. 4. Statistische Schatzkammer. Einführung in das ganze Gebiet der Statistik. Montag 7 bis 8 1/2 Uhr (18. Oktober). 5. Geld, Bank- und Börsenwesen. Dienstag von 6 bis 8 Uhr (14. Oktober). 6. Nationalökonomische und staatsbürgerliche Fragen der Gegenwart (Staatsschuldenprobleme, Walfahrt, Sozialversicherung usw.). Mittwoch von 6 bis 9 1/2 Uhr (15. Oktober). 7. Der Friedensvertrag von Versailles. Sein Inhalt und seine Wirkung. Mittwoch von 8 bis 9 1/2 Uhr (19. November). Diese Vorlesungen finden Sächsestr. 84 D, die mit einem verkehren Georgenstr. 30/31 (am Bahnhof Friedrichstraße) statt. Karten für den geschilderten Hofst. A 10 in zahlreichen Buchhandlungen, im Zentralbüro Neue Friedrichstraße 55 bis 56) und auch vor den Vorlesungen bei den Kontrollbeamten. Unsere Mitglieder haben Ermäßigung.

Jolierer und Steinholzleger.

Das Reichswirtschaftsministerium hat auf Antrag des Wirtschaftsbundes des Jolierergewerbes die Durchführung des Einigungs- und Schiedsverfahrens in der Tarifvertragsübernahme. Die Verhandlungen finden Mittwoch, den 8. Oktober, in Berlin statt.

Chemnitz. Der Streik der Jolierer und Steinholzleger in Chemnitz ist beendet. Während es bei den Jolierern gelang, den Stundenlohn der Maurer und vom 1. November an 10 A mehr zu erreichen, war dies bei den Steinholzlegern nicht möglich. Der Lohn für Jolierer beträgt jetzt A 2,50 und vom 1. November an A 2,60 die Stunde. Für Steinholzleger beträgt der Stundenlohn jetzt A 2,25 und vom 1. Oktober an A 2,50, jedoch also dann erst der Maurerlohn erreicht ist. Der Streik dauerte 8 Wochen. Mit einer Firma, bei der die Hälfte aller Gehmister Jolierer beschäftigt war, wurde die Einigung bereits eine Woche früher erreicht.

Vom Bau.

Chemnitz. Nachdem wir vor kurzem schon über einen recht bedauerlichen Unfall berichten mußten, der auf mangelhafte Schutvorrichtungen zurückzuführen war, müssen wir uns schon wieder mit einem dazwischen Fall befassen. Bei einem Schuldbau in Neukirchen künzte der Maurerpolter Anton Würdinger 2 Stockwerke tief ab und zog sich schwere äußere und innere Verletzungen zu. Würdinger wurde in diesem Falle das Opfer seiner eigenen Nachlässigkeit, denn trotz wiederholter Aufforderung durch den Bauleiter hat er es unterlassen, Schutgerüste anbringen zu lassen. Es ist dies wieder ein drastischer Fall, der beweist, daß es ganz besonders auf dem Lande notwendig ist, mit aller Energie auf die Anstellung von Baukontrollleuten zu drängen.

Suttgart. Am 5. September ereignete sich in der Maschinenfabrik Göttingen ein Unfall, der in krasser Weise zeigt, daß hier auf alle Bauarbeiterbestimmungen geachtet wird. Die Firma Wenginger & Söhne führt in dem Werk einen Neubau aus, bei dem annehmbar alles im Gange geht. Mit dem Gerüstholz ist es auf der Baustelle sehr schlecht bestellt. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß der Kollege Fritz Reispüler aus Wendlingen verunglückte. Er hat den linken Arm gebrochen und schwere innere Verletzungen erlitten. Das frisch betonierete und zu früh ausgegossene Dachgestirn brach herunter und riß das Gerüst, auf dem Reispüler arbeitete, mit herab. Die Mitarbeiter bei der Betonierung riefte den Kollegen das Leben, denn es kam nur noch Fies herunter. Wie schon gesagt, ist der Unfall auf den Mangel an Holz zurückzuführen, deswegen konnte die Einschaltung nicht lange genug helfen bleiben. Dazu kommt, daß bei der Arbeit riesige Antreiberei herrscht. Unsere Kollegen beschuldigen besonders den Polter Reispüler grober Nachlässigkeit. Selbst auf Verordnungen der dort beschäftigten Arbeiter habe er nicht geachtet, sondern sogar mit Einschünerungen gantwortet. Hoffentlich werden die Schuldigen auch entsprechend bestraft. Am Bahnbau Wendorf wurde unser Kollege Nuss am 11. September verunglückt. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht, wo er am nächsten Tag starb. Wie am Bahnhof Sersoblerstraße ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Dort fahren die Arbeiter auf logenanten Rippwagen zu ihrer Arbeitsstelle. Am 17. September stieg auf dieser Fahrt plötzlich die Rippvorrichtung um und warf die im Wagen befindlichen 10 Kollegen heraus. Mehrere von ihnen wurden leicht verletzt, 2 erlitten Ausdehnungen. Am 19. September stürzte in der Fabrik Daimler in Stuttgart ein Gerüst ein, wobei 3 Kollegen mit in die Tiefe gerissen wurden. Alle 3 Kollegen, von denen 2 verheiratet sind, trugen erhebliche Verletzungen davon. Dieser Unfall postierte, weil das Gerüst

nicht fachgemäß verankert war. - Diese Unfälle, die in einem kleinen Kreis so kurz aufeinander folgten, lassen deutlich erkennen, daß die Ueberwachung der einschlägigen Arbeiterschutzbestimmungen fehlt. Es wird Zeit, daß auch die Regierung Württemberg an allen Orten Baukontrollleute aus dem Arbeiterstande anstellt, damit die Unfälle auf das Mindeste beschränkt bleiben.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Arbeitslosenrat. Diesmal ist für das Statistische Reichsamt auf der gelben Karte über das Dritte Vierteljahr zu berichten. Die Vereinsvorsitzende sind gebeten, diese Karten spätestens bis zum 1. Oktober eingereicht zu werden. Die Karte nicht mehr in dem Bericht mit aufgenommen werden können. Zu beachten ist ferner, daß die mit dem Stempel des Reichsamts und dem Vermerk vortopographische Dienstliche versehenen Karten unfrankiert zur Post gegeben werden können. Die blauen Berichtskarten für unsere Verbandsstatistik sind nach wie vor mit 10 A freizumachen, soweit sie nicht einer anderen Sendung beigelegt werden. Wir bitten, unsere Karten bis spätestens in der zweiten Hälfte des Oktober zu senden, und zwar müssen dies alle Vereine ausnahmslos tun, auch dann, wenn sie im September keine arbeitslosen Mitglieder hatten. In solchen Fällen ist nur die Mitgliedskarte einzutragen. Der Vorstand.

Sterbetafel.

- Münster. Am 18. September starb unser Mitglied Johann Irmisch (Maurer) im Alter von 40 Jahren an Nierenleiden. Danzig. (Meyn) Am 31. August starb unser Mitglied Emil Wassmannsdorf (Maurer) im Alter von 42 Jahren an Lungentuberkulose. Dresden. Am 4. September starb unser Mitglied Otto Hofmann (Maurer) aus Pommnitz im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs. Am 19. September starb unser Mitglied Ernst Müller (Maurer) aus Weißig im Alter von 74 Jahren an Magenkrebs. Frankfurt a. M. (Heldenberg) Am 18. September starb nach langem schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied Karl Seitz an einer im Alter zugezogenen Verletzung. Am 18. September starb unser treues Mitglied Jakob Schäfer an Lungentuberkulose. Gelsenkirchen. Am 19. September starb unser treues Mitglied Gust. Lottermoser (Maurer) aus Sieren im Alter von 60 Jahren an Nierenleiden. Gumburg. Am 9. September starb unser Mitglied C. Holert (Ziefbauarbeiter) aus Nienfelden im Alter von 38 Jahren an Nierenleiden. Girschberg i. Schl. Am 8. September starb unser Mitglied Hermann Kühn (Ziefbauarbeiter) im Alter von 61 Jahren an Nierenverengung. Karlsruhe. (Meyn) Am 10. September starb unser Kollege Albert Martin im Alter von 51 Jahren an Lungentuberkulose. Leipzig. Am 14. September starb unser Kollege Karl Günther (Maurer) aus Knauffseeberg im Alter von 46 Jahren an Nierenverengung. Merane i. S. Am 18. September starb unser Kollege Karl Preller (Ziefbauarbeiter) im Alter von 80 Jahren an Altersschwäche. München. (Zallrichen) Am 16. September starb unser Kollege Georg Kraus im Alter von 55 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls. - (Meyn) B. A. A. A. Am 21. Sept. wurde unser Kollege Julius Köster (Ziefbauarbeiter) im Alter von 28 Jahren von einem Schuttmann auf der Straße erschossen. Nürnberg. (Glangen) A. A. A. In diesem Quartel haben unsere Mitglieder Andre Weber (Ziefbauarbeiter) im Alter von 42 Jahren an Lungentuberkulose und Joh. Leidner (Steinhauer) im Alter von 49 Jahren auf sehr tragliche Weise an einem Bauchgrippe durch einen Bauern aus Kriegenbrunn. (S. A. A.) Am 14. September starb unser Mitglied Nino Vorländer (Ziefbauarbeiter) im Alter von 51 Jahren an Darmverengung. - Am 25. September starb unser Mitglied Andreas Schertel (Ziefbauarbeiter) im Alter von 62 Jahren an Nierenverengung. Potsdam. Am 17. September starb unser treues Mitglied Albert Rowin (Maurer) im Alter von 42 Jahren an den Folgen eines im Felde zugezogenen Nierenlebens. Ehre ihrem Andenken!

Der Verein Braunschweig sucht einen Zweiten Geschäftsführer.

Bewerber müssen tüchtig und organisatorisch befähigt sein, die Verbandstatistiken und sonstige schriftliche Arbeiten ausführen können und mindestens 10 Jahre Mitglied im Verbands sein. Kollegen aus dem eigenen Verein, besonders Maurer, kommen in erster Linie in Frage. Bewerbungen sind unter Angabe des Berufes, des Alters und der bisherigen Tätigkeiten in der Arbeiterbewegung und Bezeichnung einer kurzen Abhandlung über die Aufgaben eines Solangestellten bis spätestens zum 15. Oktober mit der Aufschrift "Bewerbung" an den Kollegen K. Schulze, Braunschweig, R. u. e. r. 2, 1. Et., zu richten.

Versammlungen.

- Freystadt. Sonntag, 6. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Saal Brabe. Mitgliedsfeier mitbringen. Gumburg. (Betonarbeiter) Freitag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, in der Wandelhalle des Gewerkschaftshauses, 1. Stod.

